

23. JAN 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII, 16

Bonn, den 23. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die Freiheit sichern !</u> ----- Zur Debatte um die Notstandsgesetzgebung Von Karl Wittrock, MdB	64
3 - 3a	<u>Ohne Beispiel</u> ----- Das Abkommen von Paris Zustimmung und kritische Reaktion	58
4 - 5	<u>Der Chor der Pankower Satelliten</u> ----- Die Hilfstruppen der SED Von Eberhard Zachmann, Berlin	57
5 - 6	<u>Dänische Befürchtungen</u> ----- Nach dem Schock von Brüssel Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan	47

Chefredakteur Günter Markscheffel
i. V. Albert Exler

Die Freiheit sichern !

Zur Debatte um die Notstandsgesetzgebung

Von Karl Wittrock, MdB

Das Parlament beginnt in dieser Woche mit den Beratungen der Notstandsgesetzgebung. Im Mittelpunkt der 1. Lesung am Donnerstag und Freitag dieser Woche wird der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes stehen. Diese Grundgesetzergänzung wird eine Antwort auf die Frage geben, welches die Verfassung des Staates sein soll, wenn äringende Not und Gefahr dem Volke drohen.

Nicht die Vorbereitung der Organisation eines totalen Krieges wird die Position sein, die die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bei der Beratung der Verfassungsergänzung bezieht. Der Maßstab, mit dem diese Fraktion den Regierungsentwurf mißt, ist das unabdingbare und unveräusserliche Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie. Die Erhaltung und Sicherung der freiheitlichen Demokratie auch dann zu gewährleisten, wenn in der Stunde der Not und Gefahr der äusserste Einsatz staatlicher Macht geboten ist, das ist die Aufgabe, die zu erfüllen sein wird.

Zur Erhaltung und Sicherung der freiheitlichen Demokratie gehört, daß das Parlament stets in der Verantwortung bleibt. Die Stunde der Not ist die Stunde der Bewährung der Demokratie und ihrer tragenden Kräfte. Sie ist die Stunde des Parlaments. Das Parlament oder ein Notstandsausschuß als die Repräsentanz von Bundestag und Bundesrat ist allein berufen, mit breiter Mehrheit tätig zu sein. Die Notwendigkeit, nur mit breiter Mehrheit den entscheidenden Beschluß über die Feststellung des Notstandsfalles fassen zu können, erweist die Stunde der Not als eine Stunde des Zusammenstehens aller demokratischen Kräfte. Das ist die Position der SPD, und sie unterscheidet sich von der Position des heutigen Regierungsentwurfs.

Wer von einer solchen Position, wie sie die SPD-Fraktion im Bundestag bezieht, in die Beratungen des Gesetzentwurfs hineingeht, dem kann nicht unterstellt werden, er wolle ein Ermächtigungsgesetz schaffen. Das Ermächtigungsgesetz, das am Anfang des Dritten Reiches stand, war ein Gesetz zur Entmachtung des Parlaments. Was wir wollen,

23. Januar 1963

das ist die Wahrung der Macht des Parlaments. Es kann keinen Raum geben für ein Notverordnungsrecht. Das Gegenteil eines Ermächtigungsgesetzes ist das, was wir wollen.

Zur Erhaltung und Sicherung der freiheitlichen Demokratie gehört die Wahrung der Grundrechte. Es darf nicht sein, daß irgendjemand eine Handhabe dafür geliefert wird, die Freiheit der Meinungsäußerung zu töten. Es ist unbestritten, daß im Falle des äußersten Notstandes nicht jede militärische Information zugelassen werden kann. Aber es muß unbestritten sein, daß jeder, und daß auch die Presse sagen können muß, was seine Meinung ist über das, was der Staat und seine Organe tun.

Die Sicherung und Erhaltung der Demokratie gebietet auch die Wahrung der Freiheit gewerkschaftlicher Betätigung. Es muß kraft Verfassung feststehen, daß niemand mit dem Anschein der Legalität im Falle des Notstandes diese Freiheit gewerkschaftlicher Betätigung antasten darf. Die historische Erfahrung sagt uns, daß im Leben eines Volkes Situationen denkbar sind, in denen nur der Einsatz freier Gewerkschaften die illegale Manipulation staatlicher, von Kontrolle losgelöster Macht ersticken kann.

Es ist eine politische Aufgabe, die Wahrung dieser Rechte und Freiheiten in eine Notstandsverfassung hineinzuschreiben. Der Rechtsstaat verlangt die Festlegung des legalen Bereiches staatlicher Machtentfaltung auch für den Fall des Notstandes. Es kommt darauf an, die Grenzen der Legalität eindeutig festzustellen. Wer darauf verzichtet, der riskiert, daß in der Stunde der Not die Träger der staatlichen Macht den Umfang ihrer Befugnisse selbst bestimmen. Dem gilt es, entgegenzutreten. Hier liegt die Aufgabe, die eine Partei wie die SPD zu erfüllen hat. Aus diesem Grunde ist es unsere Pflicht, auf die Gestaltung der Notstandsgesetzgebung aktiven Einfluß zu nehmen. Ob das Ergebnis der Beratungen die Zustimmung der SPD-Fraktion finden wird, weiß heute noch niemand. Die Zustimmung wird davon abhängen, ob die Verfassungsergänzung dem Geiste eines freien Volkes in einem freien Staat entspricht.

Ohne Beispiel
- - - - -

Das Abkommen von Paris

es - Umfassend und weitreichend sind die Vertragsbestimmungen, die in Paris zwischen der deutschen und der französischen Regierung unterzeichnet wurden und die das Werk der Verständigung zwischen beiden Völkern nach offiziellen Erklärungen krönen sollen. Zugrunde liegt dem Abkommen die Feststellung der Identität gemeinsamer Interessen und die Absicht beider Regierungen, für jetzt und alle Zukunft eine gemeinsame Politik zu erarbeiten und durchzuführen. Der Pariser Vertrag findet in der Geschichte kein Beispiel. Siebzehn Jahre nach dem schrecklichsten Kriege, den die Menschheit jemals erlebte, haben sich zwei frühere Feinde zusammengefunden, um für immer das Kriegsbeil zu begraben und die Energien ihrer Völker auf gemeinsame Ziele zu orientieren - eine Leistung, der man historisches Gewicht nicht absprechen kann.

Das Vertragswerk muss noch von den Parlamenten beider Staaten ratifiziert werden, und es wird sicherlich Gegenstand gründlicher Überprüfung und Beratung sein. Vieles, wie etwa die Vertiefung der beiderseitigen kulturellen Beziehungen, kann unbesehen und mit Genugtuung bejaht werden, andere Bestimmungen, wie etwa die der engsten Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet, dürften kritischer Sichtung im Parlament unterliegen.

Der Vertragsabschluss erfolgte in einem Zeitpunkt tiefster Enttäuschung über den Stillstand der Bemühungen um die europäische Einigung. De Gaulles Nein zum Beitritt Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat eine Krise innerhalb der EWG-Staaten ausgelöst, deren Überwindung nicht abzusehen ist. Koch sind die Meldungen spärlich, die davon sprechen, dass de Gaulle jetzt bereit sei, am 26. Januar der grundsätzlichen Prüfung der Frage des EWG-Beitritts Grossbritanniens noch einmal zuzustimmen. Da er aber die sogenannte "Inventur" ablehnt, ist diese Bereitschaft wenig wert, denn grundsätzlich kann man eben nur dafür oder dagegen sein.

Zum deutsch-französischen Vertrag selbst aber gibt es bereits viele eindeutige Reaktionen. Italien hat unter Bezug auf Offenheits-erklärungen des Vertrages entschieden abgelehnt, sich dem Abkommen anzuschließen. Auch die übrigen Staaten spüren keine Neigung, ein Vertragswerk zu übernehmen, an dessen Ausarbeitung sie keinen Anteil hatten. Das Tor nach Europa bleibt zunächst den beitriffsfeindigen Staaten wie Grossbritannien, Dänemark, Norwegen, verschlossen. Aus Holland kommen bitterböse Worte. Die Vereinigten Staaten befürchten einen deutsch-französischen, gegen die Atlantik-Allianz gerichteten Sonderbund, der, auf lange Sicht gesehen, den Zusammenhalt innerhalb der NATO zerstören könnte.

Sicherlich liegt das nicht in der Absicht einer deutschen Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag. Das wäre das Ende unserer Sicherheit. Die deutsch-französische Verständigung kann niemals Endzweck sein, sie muss eingebettet sein in einem sich zur Einheit entwickelnden Europa, das in engster Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten steht. Wer diese Zielsetzung aus den Augen verliert, für ihre Verwirklichung nicht alle Kräfte einsetzt, sich Sonderbund-Wünschen hingibt, baut nicht für die Zukunft.

Dem Pariser Vertragswerk steht noch die härteste Bewährungsprobe bevor. Eine seiner vielen Bestimmungen betrifft Fragen der europäischen Gemeinschaften und der europäischen Zusammenarbeit. Freundschaft zwischen zwei Völkern bedeutet nicht, dass nur das eine gibt oder nimmt. Alle im Bundestag vertretenen Parteien bejahen aus wohlwollenden Gründen den Beitritt Grossbritanniens zur EWG und aller Länder, die sich ihr anschliessen wollen. Es bleibt kein anderer Weg als der, im Rahmen der vorgesehenen ständigen Konsultationen zwischen beiden Regierungen auf Paris ständig im Sinne einer Änderung und grösseren Aufgeschlossenheit seiner Haltung in Fragen der EWG einzuwirken. Das gebietet das ureigenste Interesse deutscher und nicht nur deutscher Politik.

Der Chor der Pankower Satelliten

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Wer bisher noch nicht ganz davon überzeugt war, dass die in der Sowjetzone neben der SED noch existierenden Parteien, die CDU, LdP, NDP und DBD, lediglich die Funktion eines verlängerten Armes der Ulbricht-Partei haben, ist anlässlich des VI. SED-Parteitag eines Besseren belehrt worden. Die Entwicklung, die schon seit dem Jahre 1958, als auf dem V. SED-Parteitag der "Marsch zum Endsieg des Sozialismus" angetreten wurde, nicht zu übersehen war, hat heute zu einer Identifizierung dieser "nichtkommunistischen" Parteien mit der SED geführt.

Nicht anders können die Grussadressen dieser Parteien an den SED-Parteitag betrachtet werden. Das Selbstverständnis der CDU, LdP und der übrigen Parteien erschöpft sich heute, nachdem die Schandmauer in Berlin wie auf dem VI. Parteitag von Chruschtschow und Ulbricht voller Hohn erklärt wurde - einer wesentlichen Teil des erstrebten Friedensvertrages vorweggenommen hat, in dem Bekenntnis, sich nicht nur der Führung der SED zu unterstellen, sondern sich direkt für die Durchsetzung aller von Ulbricht gesteckten politischen und wirtschaftlichen Ziele voll zu engagieren. Damit geben diese Parteien offen zu, dass ihre sogenannte "Selbständigkeit" nur noch auf dem Papier besteht.

Das offene Bekenntnis dieser Parteien zu ihrer Abdankung, das sie erstmalig in solch brutaler Schonungslosigkeit während des VI. SED-Parteitages abgegeben haben, ist die Kehrseite des jetzt von Ulbricht proklamierten "umfassenden Aufbau des Sozialismus". Für die bisher ausserhalb der SED tätig gewesenen politischen Kräfte der Sowjetzone ist damit eine neue Phase ihrer Existenz eingeleitet worden.

In der Grussadresse des Zentralvorstandes der LdP zum VI. Parteitag heisst es sehr eindeutig:

"Wir Liberal-Demokraten können die hohe Bedeutung des Parteitages dadurch am besten würdigen, dass wir versichern: Die Mitglieder der LdP und die Angehörigen der unserer Partei nahestehenden Bevölkerungsschichten werden alles daran setzen, um mit ganzer Kraft an der Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages mitzuarbeiten".

Die CDU weist mit ihrem Grusschreiben ausdrücklich darauf hin, dass sich "der Charakter dieser Partei gewandelt hat". "Wir machen uns die Prinzipien des SED-Programms zu eigen, weil wir erkannt und erfahren

haben, dass allein der Sozialismus berufen und instande ist, die Grundprobleme unserer Epoche zu lösen ... Erst im Sozialismus können sich christliche Liebe zum Frieden und zum Nächsten, christliche Verpflichtung zum Dienst am Volk und an der Menschheit umfassend bewähren und verwirklichen".

Auch der "Bund evangelischer Pfarrer in der DDR", jene Organisation, die mit etwa 200 Mitgliedern für SED-hörige Kirchenmitglieder eine Plattform politischer Wirksamkeit darstellen soll, meldet sich zu Ehren des VI. Parteitages zu Wort. Der Bund erklärt es als seine Aufgabe, die "christlichen Bürger der DDR in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen" und "Theologen und kirchliche Amtsträger für die Politik der DDR zu gewinnen". Diese schon bisher bestehende Aufgabe müsse aber - so heisst es in der Erklärung "zum VI. Parteitag der SED" - künftig eine Ergänzung dadurch finden, dass auch "antihumanistische und friedensfeindliche Bestrebungen" - wie sie durch den Einfluss der westdeutschen Militärkirche in der Zone noch vorhanden seien, - "entlarvt" werden.

Der Chor der Satelliten stellt eine Begleitmusik zu Ulbrichts VI. Parteitag dar, die unter den Vorgängen auf dem Parteitagspodium selbst nur allzu leicht untergehen könnte. Sie kennzeichnet aber sehr eindringlich die weitere Verschärfung des diktatorischen Regimes der Zone, die als wichtiger Punkt auf der Tagesordnung dieses Parteitages steht, ohne direkt als Tagesordnungspunkt vermerkt zu sein.

+ + +
Dänische Befürchtungen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster

Die Meldungen aus Brüssel haben einen politischen Wirbel in den Regierungs- und Parteikreisen Dänemarks und Norwegens verursacht, obwohl es bezweifelt werden muss, dass die Eingeweihten sich nicht im klaren über die Europa-Haltung des Generals gewesen sind. Es rächt sich jetzt dass sowohl Regierung wie Parteien in Kopenhagen allzu lange die Frage des Beitritts Dänemarks in die EWG überwiegend als ein wirtschaftliches Problem behandelt haben und den politischen Aspekten zu wenig Raum gaben. Hätte man die Öffentlichkeit über die politischen Gegebenheiten und Zielsetzungen der EWG sowie über die politisch bedingten Streitigkeiten zwischen London und Paris ausführlicher aufgeklärt, wäre es

wahrscheinlich nicht zu dem Schock gekommen, der die Stimmung seit dem "schwarzen Donnerstag" in Brüssel prägt.

Nun befindet sich Dänemark allerdings in einer äusserst schwieriger Lage, weil die Frage der Verhandlungen mit der Brüsseler-Kommission völlig ungeklärt ist. Auf der einen Seite sind diese Verhandlungen von einer Natur, die technisch gesehen sehr schnell zu Ende geführt werden könnte, falls die Aufnahme Grossbritanniens in die EWG noch gelingen sollte. Auf der anderen Seite gibt es in Dänemark niemand, der heute dafür eintritt, dass die dänische Regierung die Verhandlungen fortführen sollte, wenn durch das Veto de Gaulles die Tür für England zugeschlagen ist. Auch wenn der französische Staatschef so gütig und wohlwollend sein würde, Dänemarks Aufnahme ohne England zuzustimmen, könnte die dänische Regierung es sich kaum leisten, eine Politik zu führen, die gegen England und die anderen EFTA-Länder gerichtet ist.

Die Situation Dänemarks in bezug auf die Ausfuhr der Landwirtschaftsprodukte ist heikel, weil ungefähr die Hälfte aller Waren dieser Art in die EWG-Länder exportiert wird, die andere Hälfte nach Grossbritannien und andere EFTA-Länder. Schon die neue Agrarordnung, die von der EWG Mitte vorigen Jahres in Kraft gesetzt wurde, bedeutet für Dänemark einen Ausfall von landwirtschaftlichen Exportgütern in einem Wert von 200 Millionen Kronen jährlich. Wenn diese Verordnungen zur vollen Auswirkung kommen werden, entstehen für Dänemark noch grössere Verluste, schätzungsweise in Höhe von 600 Millionen Kronen im Jahre, was eine ausserordentlich kritische Lage der gesamten Wirtschaft herbeiführen wird.

Etwas muss deshalb geschehen - aber was, das wissen die führenden Gremien noch nicht. Zunächst erhofft man eine Wendung zum Besseren, wenn die Verhandlungen in Brüssel am 28. Januar wieder aufgenommen werden. Der Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag bei General de Gaulle im Februar wird mit erhöhter Spannung verfolgt werden.

Auch in Norwegen wird die EWG-Lage skeptisch beurteilt, aber insofern erblickt man auf längere Sicht eine positive Entwicklungsmöglichkeit darin, dass die eigentliche politische Trennungslinie nicht zwischen England und den Sechs, sondern zwischen de Gaulle und dem übrigen Europa gezogen ist. General de Gaulle kann die Entwicklung momentan bremsen, aber ihr nicht für alle Zeit im Wege stehen.